



Bereich Informationstechnik und zentrale Dienste
Az: 18
Datum: 14.06.2013

2013/150
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	02.07.2013	3
Rat der Stadt	04.07.2013	14

Betreff

Bericht über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Internet- und Medienkonzept

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Sachverhalt

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, GRÜNE, DIE LINKE und FWI hat der Rat der Stadt am 20. Sept. 2012 die Verwaltung beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit den Eckpunkten eines Internet- und Medienkonzeptes beschäftigt. An dieser Arbeitsgruppe sollen auch Vertreter der Ratsfraktionen teilnehmen.

Die Arbeitsgruppe – bestehend aus dem Bürgermeister, aus Vertretern der Fraktionen sowie aus Vertretern der Bereiche Ratsangelegenheiten und Informationstechnik – hat sich in vier Sitzungen mit den nachfolgend aufgeführten Themenfeldern befasst und Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise erarbeitet.

Themenfeld: Papierlose Ratsarbeit

Nach dem Haushaltssanierungsplan ist vorgesehen, die Ratsarbeit ab der Wahlperiode 2014 papierlos abzuwickeln. Durch den Verzicht auf den Papierversand an die Ratsmitglieder sollen Einsparungen bei den Druck- und Portokosten erzielt werden. Die Ratsmitglieder nutzen dann zukünftig die in elektronischer Form bereitgestellten Dokumente.

Papierlose Ratsarbeit setzt voraus, dass ein geeignetes Informationssystem verfügbar ist. Die Stadt Castrop-Rauxel nutzt das Rats- und Bürgerinformationssystem „morel Rubin“. Alle Vorlagen, Beschlüsse, Protokolle etc. sind seit Mai 2002 in diesem System enthalten.

Die Arbeitsgruppe hatte Gelegenheit, sich im Rahmen einer Präsentation der Firma morelsoftware GmbH von dem Leistungsumfang des Systems zu überzeugen. Dargestellt wurden dabei auch die geplanten Weiterentwicklungen, insbesondere in Richtung mobiler Anwendungen. Die Arbeitsgruppe hält das System auch für die zukünftige Unterstützung der Ratsarbeit für geeignet.

Vorschlag der Arbeitsgruppe:

Zu Beginn der neuen Wahlperiode soll die Verwaltung für die Mandatsträger Informationsveranstaltungen zum Umgang und zur Arbeit mit dem System anbieten.

Weitere Voraussetzung ist, dass die Ratsmitglieder mit der entsprechenden Technik ausgestattet sind, um die digitalen Sitzungsunterlagen zu bearbeiten. Zur Finanzierung der benötigten Hardware käme aus Sicht der Verwaltung in Betracht, die Fraktionszuwendung im Jahr 2014 einmalig um einen Zuschuss in Höhe von 100 € je Ratsmitglied zu erhöhen. Das Kostenvolumen liegt dann einmalig bei 4.600 €. Die Beschaffung der Hardware sollte eigenständig durch die Fraktionen erfolgen.

Vorschlag der Arbeitsgruppe:

Die Verwaltung erstellt zu gegebener Zeit eine separate Beschlussvorlage für den Rat der Stadt.

Damit die Technik im Rahmen der Sitzungen genutzt werden kann, ist der Aufbau einer WLAN-Infrastruktur für den Ratssaal, die Foyers und die Sitzungsräume notwendig. Die Kosten hierfür belaufen sich einmalig auf ca. 10.000 €. Durch ein entsprechendes Sicherheitskonzept wird gewährleistet, dass das Funknetz nur durch autorisierte Benutzer genutzt werden kann.

Vorschlag der Arbeitsgruppe:

Die benötigten Haushaltsmittel sollen zum Budget 2014 angemeldet werden.

Themenfeld: Städtischer Internetauftritt

Im Rahmen der Beratungen zum städtischen Internetauftritt, sind in der Arbeitsgruppe auch die Themenfelder „E-Government – Stand und Entwicklung bei der Stadt Castrop-Rauxel“ sowie „Perspektiven der E-Government-Entwicklung im Zweckverband GKD Recklinghausen“ eingehend erörtert worden.

Dabei wurde deutlich, dass E-Government ein wesentliches Mittel zur Verwaltungsmodernisierung darstellt. Die technologische Entwicklung, die Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen sowie die Entwicklungen auf den Verwaltungsebenen (EU, Bund, Länder, Kommunen) eröffnen Möglichkeiten für grundlegende Veränderungen von Verwaltungsstrukturen und Arbeitsabläufen.

E-Government-Vorhaben müssen sich vorrangig auf Kernprozesse der Verwaltung konzentrieren. Der Umbau der Leistungsprozesse ist dabei unerlässlich. E-Government lässt mittel- bis langfristig Einsparpotentiale erwarten, erfordert aber eine Vorinvestition und eine konsequente Fortführung der eingeleiteten Aktivitäten.

Vor diesem Hintergrund wird derzeit die Neuauflage des städtischen Internetauftritts vorbereitet. Im Rahmen der inhaltlichen und konzeptionellen Überarbeitung ist als Kernstück die Integration eines Dienstleistungsportals vorgesehen.

Das Dienstleistungsportal soll den bisherigen Internet-Bürgerservice ersetzen, die städtischen Dienstleistungen bündeln und die Plattform für den weiteren Ausbau von online-Dienstleistungen und E-Government-Vorhaben bilden.

Die Neuauflage des städtischen Internetauftritts ist geplant für das erste Halbjahr 2014. In der Weiterentwicklung soll ein Schwerpunkt dann auf der Integration von Elementen der Bürgerbeteiligung liegen.

Themenfeld: Bürger-Portal für Schadensmeldungen

Zu prüfen war die Frage, ob eine Internet-Anwendung und ggfls. auch eine mobile Version zur Meldung von Schäden etc. eingerichtet werden können. Das Portal soll dabei u.a. auch die Möglichkeit bieten, Schadensorte auf einer Stadtkarte zu kennzeichnen.

Es besteht bereits eine Vielzahl von Kanälen, über die Schadensmeldungen usw. an die Verwaltung herangetragen werden können (z.B. mündlich, schriftlich, Telefon, Fax, E-Mail, Internet-Formular). Diese Kanäle werden auch von den Bürgerinnen und Bürgern entsprechend genutzt. Das Bürger-Portal für Schadensmeldungen wäre also letztlich nur eine weitere technische Lösung.

Vorschlag der Arbeitsgruppe:

Die Realisierungsmöglichkeiten sollten nach der Neuauflage der städtischen Internetseiten nochmals geprüft werden.

Themenfeld: Bürger-App

Notwendigkeit, Bedarf, Zielgruppen und Informationsinhalte sind in der Arbeitsgruppe diskutiert worden, ließen sich aber derzeit nicht eindeutig identifizieren. Insoweit ist auch eine Schätzung der Kosten für die Erstellung/Programmierung, für Wartung, Pfl-

ge und Anpassung sowie für den Betrieb einer Bürger-App zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.

Vorschlag der Arbeitsgruppe:

Das Thema sollte zunächst zurückgestellt werden. Nach dem Relaunch der städtischen Internetseiten ist zu prüfen, ob einzelne Inhalte auch in einer mobilen Version des Internetauftritts bereitgestellt werden können.

Themenfeld: Rats-TV

Die Video-Übertragung von Ratssitzungen im Internet wurde bzw. wird in einigen Städten der Region geprüft. Erste Testübertragungen haben in Bottrop und Essen stattgefunden. Andere Städte haben sich gegen eine Realisierung entschieden (Leverkusen, Schwerte) oder eine Entscheidung vertagt (Gladbeck).

Die Arbeitsgruppe hat das Thema insbesondere unter den Aspekten der technischen Realisierung, der Kosten und der rechtlichen Rahmenbedingungen erörtert.

Hinsichtlich der technischen Realisierung muss eine Übertragung professionelle Ansprüche erfüllen, d.h. Bild und Ton müssen in angemessener Qualität und mit entsprechenden Übertragungsbandbreiten zur Verfügung gestellt werden.

Eine Abwicklung der Übertragung in Eigenregie erscheint nicht sinnvoll. Sie würde Investitionen in die technische Ausstattung erfordern und laufenden Personalaufwand (Vorbereitung, Kamerasteuerung, Übertragung, Nachbearbeitung etc.) für jede Sitzung mit sich bringen.

Mittlerweile bietet der Markt auch Möglichkeiten einer externen Vergabe. Nach ersten vorliegenden Preisinformationen ist dabei mit Kosten in Höhe von ca. 1.000 € bis 1.200 € pro Sitzung zu rechnen.

Unter den Aspekten des Datenschutzes und der Wahrung der Persönlichkeitsrechte, bedarf die Übertragung der vorherigen schriftlichen Zustimmung derjenigen, die im Bild sichtbar wären oder sein könnten. Bei der Raumkonstellation des Ratssaales und der möglichen Kamerapositionen, gilt dies für den Bürgermeister, die Ratsmitglieder und die Beigeordneten. Nicht betroffen wären Besucher, da die Besuchertribüne nicht im Bild sichtbar wäre.

Betroffene können ihre Zustimmung jederzeit, auch im Nachhinein, widerrufen. Die Folge wäre die sofortige Beendigung oder Unterbrechung der Live-Übertragung. Aufzeichnungen wären im Nachhinein zu löschen.

Vorschlag der Arbeitsgruppe:

Die weitere Entwicklung sollte abgewartet und die Umsetzung entsprechender Projekte in der Region beobachtet werden. Das Thema könnte ggfls. in der nächsten Ratsperiode erneut aufgegriffen werden.